

Landtagswahlen in Ostdeutschland

## Eine Lehrstunde für den Bund





Landtagswahlen in Ostdeutschland

# Eine Lehrstunde für den Bund

Am 28. September 2025 wird der 21. Deutsche Bundestag gewählt. Die zurückliegenden drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und zuletzt Brandenburg sind neben der noch ausstehenden am 2. März 2025 in Hamburg ein wichtiger Indikator für das Meinungsklima in Deutschland, umso mehr, als in Ostdeutschland bundespolitische Themen, auf die Landesregierungen nur wenig Einfluss haben, den Wahlkampf dominiert haben.

2



Foto: Colourbox.de

Der Soziologe Daniel Kubiak vom Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Berliner Humboldt-Universität hat in einer von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) veröffentlichten Nachbetrachtung Überlegungen angestellt, was die bürgerlichen Parteien ändern müssen, um den wachsenden populistischen und extremistischen Kräften im Land Einhalt zu gebieten. (Daniel Kubiak, „Lehren für die Bundestagswahl 2025 – Komplexitätsübermacht in einem kleinen Bundesland“, [www.bpb.de/552930](http://www.bpb.de/552930), Deutschlandarchiv vom 12. Oktober 2024)

## ■ Wachsende Unzufriedenheit mit der Ampel

„Laut Umfragen bewegten die Menschen in Brandenburg vor allem Fragen der sozialen und inneren Sicherheit, Bildung, Krieg und Migration, obwohl Fragen der Grenzsicherung, Steuern, Renten und Außenpolitik nur marginal durch den Brandenburger Landtag beeinflusst oder gar entschieden werden“, unterstreicht Kubiak am Beispiel des letzten Landtagswahlergebnisses in Brandenburg. Und auch die Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundesregierung habe eine Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt.

Dagegen hätten typische Landesthemen wie Rückbau und Dysfunktionalität von staatlicher Infrastruktur, Ärzte- und Lehrermangel, die Taktzeiten des öffentlichen Nahverkehrs oder der schleppende Ausbau der digitalen Infrastruktur eine viel zu kleine Rolle gespielt. Gerade aber die Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften und die Mobilität spielten für junge Menschen eine große Rolle.

## ■ Kommunikationskanäle vernachlässigt

Dass junge Menschen sich in Scharen von den etablierten Parteien abgewandt haben, sei zusätzlich darauf zurückzuführen,

dass die meisten Parteien im Wahlkampf auf herkömmliche Werbung gesetzt und mit ihren Wahlplakaten, Marktplätzchen und Flyern Jungwähler nicht erreicht haben. Interviews hätte es in Printmedien, Funk oder Fernsehen gegeben, dagegen kaum auf Social-Media-Kanälen. Auf Instagram hätten beispielsweise die brandenburgischen Landesverbände von SPD und Grünen jeweils circa 3 300 Follower, die LINKE 2 700, die CDU nur 1 300 und die AfD dagegen fast 10 000. „Wie wollen diese Parteien an junge Menschen (Erstwählende ab 16 Jahren) herankommen und diesen ihr Politikangebot unterbreiten“, fragt Kubiak mit Blick auf

die mageren Ergebnisse der Parteien der politischen Mitte.

Bis zur Bundestagswahl müsse ein klug durchdachter Strategiewechsel eintreten, um die Mitte zurückzugewinnen. „Mit einem ‚Weiter so‘ in Stil, Mitteln und Positionen funktioniert das aber nicht!“

## ■ Eigene Themen anbieten

Als Lehre aus den zurückliegenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und zuletzt Brandenburg empfiehlt Kubiak den demokratischen Parteien, auf eigene Themen zu setzen und nicht die der rechtsextremen und populistischen Mitbewerber zu übernehmen, die auf diese Weise nur aufgewertet würden. Konzepte für soziale Sicherheit, Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung seien gefragt und führten zu einer Versachlichung des Wahlkampfes, der bei den zurückliegenden Wahlen von den durch Populisten geschürten Ängsten vor Überfremdung überlagert gewesen sei.

Dass eine Bundesregierung in unsicheren Zeiten darüber hinaus ihre politischen Differenzen auf keinen Fall im öffentlichen Raum austragen darf, verstehe sich von selbst, will man die Wählerinnen und Wähler nicht verunsichern. Auch die Veränderung der politischen Kommunikation sei überfällig. „Die demokratischen Parteien müssen endlich verstehen, dass auch das Social-Media-Feld professionell bearbeitet werden muss. Auch dort sind inhaltliche Debatten möglich, aber die Aufmerksamkeitsökonomie dieser Plattformen muss verstanden werden. Es braucht die Entwicklung einer wirksamen Strategie aus persönlicher Ansprache und gezielt gesetzter Viralität“, fordert Kubiak.

## ■ Demokratie schützen

Nicht zuletzt müsse die Bedrohung der pluralen Demokratie ernst genommen werden. Wo

ganz bewusst auf Demokratieverachtung gesetzt und die demokratische Grundordnung infrage gestellt wird, seien Wehrhaftigkeit und Überzeugungskraft aller Demokraten und Demokratinnen gefragt. Auch wenn bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg eine klare Mehrheit nicht bereit war, die Demokratie infrage zu stellen, komme es auf ein dauerhaftes Engagement an. „Denn der Schutz der Demokratie ist kein Einmal-Sprint, sondern eine Daueraufgabe“, stellt Kubiak klar.

## ■ Wo der Schuh am meisten drückt ...

... hatte die Ministerpräsidentenkonferenz der ostdeutschen Bundesländer schon vor den Landtagswahlen bei ihrem Treffen am 18. Juni 2024 in Wittenberg klar benannt und der Bundespolitik empfohlen, endlich ihr Augenmerk verstärkt auf eine funktionierende Gesundheitsversorgung – auch in den ländlichen Gebieten – und auf eine Sicherung der Außen Grenzen sowie eine kontrollierte Migration zu lenken.

Allerdings hatte man in Berlin auch nach dem desaströsen Europawahlergebnis für die Ampelkoalition den Schuss immer noch nicht gehört. Die Politik könne nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, hatte der Gastgeber der Konferenz, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), gefordert. Die Entwicklungen müssten „knallhart ernst genommen“ werden, weshalb von Bundeskanzler Olaf Scholz entscheidende Kurskorrekturen verlangt wurden.

Haseloff drängte vor allem auf Korrekturen in der Energie- und Migrationspolitik. Damit stand er unter den Ost-Länderchefs nicht allein da. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer setzt dieselben Schwerpunkte. Gegenüber der

Sächsischen Zeitung nannte der CDU-Politiker die Ergebnisse der Europawahl einen „Hilferuf aus der Bevölkerung“. Dem Kanzler warf Kretschmer vor, sich nach der Europawahl „weggeduckt“ zu haben. Um die Zustimmung für die AfD zu reduzieren, brauche es ein „Ja, wir haben verstanden“ aus Berlin, so Kretschmer.

## ■ Änderungsbedarf in der Migrationspolitik

Auch die Regierungschefs von Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zeigten sich besorgt. Bodo Ramelow warnte davor, die Kluft zwischen Ost und West zu vergrößern. „Die emotionale Einheit geht zunehmend krachen“, sagte der Linken-Politiker den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks, und Manuela Schwesig (SPD) erklärte dem NDR-Nordmagazin, sie spüre schon lange in Mecklenburg-Vorpommern eine „schlechte Stimmung gegenüber den Ampelparteien“. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) schließlich beklagte ein Kommunikationsdefizit der Politik im Allgemeinen. Die Bürger suchten „Antworten, die wir offensichtlich nicht gut genug gegeben haben“, sagte der SPD-Politiker im Deutschlandfunk. Er verwies ebenfalls auf die Migration. Auch in der Wirtschaftspolitik sei „noch viel Luft nach oben“. Auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sieht dringenden Änderungsbedarf bei der Migrationspolitik. Menschen sollten in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung finden. „Das geht aber nur, wenn die Zahl der ankommenden Flüchtlinge auch begrenzt wird, weil wir es praktisch nicht mehr schaffen mit Wohnraum und Schulplätzen“, sagte sie im Deutschlandfunk. Zudem müsse ein ganz deutliches Zeichen gesetzt werden, dass diejenigen, die nach Deutschland kämen und zu Straftätern würden, nicht bleiben könnten. „Das ist die

absolute Minderheit, aber jeder Fall davon ist einer zu viel.“

Ein Befreiungsschlag ist das traditionelle Kanzlertreffen bei der Ministerpräsidentenkonferenz jedoch nicht gewesen. Eine Kurskorrektur sagte Olaf Scholz an diesem Tag nicht zu. ■

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

### Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht  
dbb beamtenbund und tarifunion  
landesbund mecklenburg-vorpommern  
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin  
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,  
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler  
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen  
Theresienstraße 15, 01097 Dresden  
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,  
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock  
dbb beamtenbund  
und tarifunion sachsen-anhalt  
Schleifufer 12, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391.5619450,  
post@sachsen-anhalt.dbb.de,  
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn  
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen  
Landesgeschäftsstelle  
Schmidtstedter Straße 9, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,  
www.thueringer-beamtenbund.de

**Redaktion:** Annemarie Wellige  
(leitende Redakteurin)

### Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt  
Sachsen: Nannette Seidler

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Titel:** Foto: Colourbox.de

**Verlag:** DBB Verlag GmbH,  
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

**Telefon:** 030.7261917-0

**Telefax:** 030.7261917-40

**Internet:** www.dbbverlag.de

**E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH,  
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,  
40878 Ratingen

**Telefon:** 02102.74023-0

**Telefax:** 02102.74023-99

**E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

### Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715

### Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

**Telefon:** 02102.74023-714

### Anzeigenposition:

Britta Urbanski,

**Telefon:** 02102.74023-712,

Preisliste 27, gültig ab 1.1.2024

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien,  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern



Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin

# DPolG-Team organisiert Betreuung der Einsatzkräfte

Eine großangelegte Einsatzkräftebetreuung hat der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der DPolG anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit vom 2. bis 4. Oktober 2024 in Schwerin und Umgebung organisiert. Die dbb Landesgeschäftsstelle in der Heinrich-Mann-Straße war zentraler Anlaufpunkt für die zahlreichen Helferinnen und Helfer.

Rund 40 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Landesverbänden der DPolG, der Bundespolizeigewerkschaft und aus den Reihen der JUNGEN POLIZEI engagierten sich ehrenamtlich, um die im Dienst befindlichen Einsatzkräfte zu unterstützen, und standen ihnen nahezu rund um die Uhr mit Rat und Tat zur Seite. Sowohl die Unterbringung der auswärtigen Kräfte als auch die Verpflegung, die durchweg als positiv bewertet wurden, wurden dabei thematisiert und ausgewertet.

„Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern und vom Bund sichern diese Veranstaltung, damit das Fest friedlich



> Die Einsatzkräfte (hier vor dem Schweriner Schloss) freuten sich über die Betreuung durch ihre Kolleginnen und Kollegen von der DPolG.



> Wer die Möglichkeit hatte, in der Werderkaserne vorbeizuschauen, der konnte sich eine Brat- oder Rauchwurst am DPolG-Stand abholen.



bleibt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist selbstverständlich mit zahlreichen Betreuungsteams im Einsatz und leistet zusätzliche Unterstützung. Darauf können wir stolz sein – die Deutsche Polizeigewerkschaft ist eine starke Interessenvertretung“, sagte der stellvertretende DPolG-Bundesvorsitzende



© DPolG/Vorobitsova (4)



> Ein Teil des Teams der Ehrenamtlichen aus den DPolG-Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Hamburg sowie der Bundespolizeigewerkschaft mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht (Mitte hinten).

Heiko Teggatz am Rande der Veranstaltung.

Auch der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht machte sich vor Ort ein Bild. „Es freut mich besonders, dass die Einheitsfeierlichkeiten im Rahmen der Bundesratspräsidentschaft von

Mecklenburg-Vorpommern am 3. Oktober hier in Schwerin stattfinden. Es ist für mich selbstverständlich, dass der dbb als Dachverband der DPolG seine Landesgeschäftsstelle für diesen Einsatz zur Verfügung stellt“, betonte Knecht.

> Die dbb Landesgeschäftsstelle war drei Tage lang zentraler Anlaufpunkt für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

AG Bildung im dbb m-v

## Klassenfahrten sind wichtiger Bestandteil der schulischen Bildung

Die dbb Bildungsgewerkschaften Verband Bildung und Erziehung (VBE), Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB M-V e. V.) und Philologenverband Mecklenburg-Vorpommern (PhV M-V) üben scharfe Kritik am Stopp der Bezuschussung von Klassenfahrten aufgrund der aktuellen Haushaltssituation.

Die Entscheidung sei verheerend und treffe die Schwächsten der Gesellschaft, erklärten die Landesvorsitzenden der

Gewerkschaften, Michael Blanck, Hans-Joachim Prakesch und Mario Steinke, übereinstimmend.

Dieser bildungs- und vor allem sozialpolitische Irrweg müsse sofort beendet werden, denn Klassenfahrten seien ein wich-

tiger Bestandteil des Schulalltags und für Kinder aus sozial schwachen Familien oft die einzige Möglichkeit, gemein-

sam mit Freunden Reiseerlebnisse zu teilen.

Zwar gebe es auch bisher keine direkte Bezuschussung von Klassenfahrten durch das Bildungsministerium, aber die jetzt beschlossenen Kürzungen beinhalten die Streichung von Reisekostenerstattungen für Lehrkräfte, was de facto dazu führt, dass Klassenfahrten nicht mehr stattfinden können. Es sei nämlich so, dass Lehrkräfte ihren Anteil auch nicht aus eigener Tasche bezahlen dürfen, selbst wenn sie dazu bereit sind.

„Durch die Maßnahmen wird dem Bildungs- und Erziehungs-



auftrag und den Lernzielen des Schulgesetzes entgegen gewirkt. Schulwanderungen und Klassenfahrten sind wich-

tige Elemente der pädagogischen Arbeit in den Schulen zur Erfüllung der Ziele des Schulgesetzes. Der Stopp der Bezu-

schussung der Fahrten ist neben der Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen auch ein Schlag ins Gesicht der vielen engagierten Lehrkräfte in den Schulen“, unterstrich der BVLB-Landesvorsitzende Hans-Joachim Prakesch.

Die jüngst verhängten Haushaltsmaßnahmen gelten für viele Ausgaben in allen Bereichen der Landesverwaltung. Für viel Kritik insbesondere im Bildungsbereich hatte gesorgt, dass dies auch Zuschüsse für Klassenfahrten betrifft. Die Maßnahme dürfte nach den Coronaausfällen auch die Kinder- und Jugendreisebranche des Landes verunsichern. ■

## VDStra.-Landesgewerkschaftstag in Satow

# Nachbesetzungskonzept „MOK“ darf nicht zum Streichkonzert mutieren

Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, hat eindringlich davor gewarnt, das Nachbesetzungskonzept „MOK“ für Stellenstreichungen zu missbrauchen. Vor mehr als 60 Straßenwärterinnen und Straßenwärtern betonte Knecht beim Landesgewerkschaftstag der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra.) Mecklenburg-Vorpommern am 14. Oktober in Satow die massive Aufgabenverdichtung, die auf ältere Belegschaften trifft. Der Personalmangel im öffentlichen Dienst hat ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht.

„Gerade in den handwerklichen Berufen müssen die Arbeitgeber gegensteuern und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen, die auch den dringend benötigten Nachwuchs hinter dem Ofen hervorlocken“, forderte Knecht.

Hart ins Gericht ging er mit Vorstößen aus der Politik, die die Verlässlichkeit der Rente für langjährig Versicherte in-

frage stellen. Besonders wichtig sei es, die Unterschiede zwischen Bürotätigkeiten und körperlich belastenden Berufen zu berücksichtigen.

„Der Rentenstreit darf nicht zum Abbau sozialer Errungenschaften führen. Wer 45 Jahre vor allem körperlich gearbeitet hat, hat auch das Recht, finanziell abgesichert in den wohlverdienten Ruhestand zu gehen“, so Knecht abschließend. ■





Feierliche Zeugnisübergabe an der FHöVPR

# 106 neue Kolleginnen und Kollegen stärken den öffentlichen Dienst des Landes

Am 30. September haben in Güstrow 52 Absolventinnen und 21 Absolventen ihre Bachelorurkunden nach erfolgreichem Abschluss des dreijährigen Studiums „Öffentliche Verwaltung“ an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern erhalten. Außerdem wurden 33 neue Verwaltungswirte ins Berufsleben verabschiedet.

In seiner Festrede betonte Innenminister Christian Pegel die Bedeutung des Dienstes für das Gemeinwohl unseres Landes: „Ich wünsche allen Absolventen einen guten Start in den jeweiligen Behörden der Landesverwaltung und der

Kommunen. Sie werden dort dringend erwartet und gebraucht.“

Als Jahrgangsbeste zeichnete der Minister Nele Blocksberger aus. Der Städte- und Gemeindebund ehrte Antonia Ihns für



© dbb m-v (2)

> Innenminister Christian Pegel, dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht und der Direktor der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege, Dr. Stefan Metzger (von links)



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht (rechts) gratulierte dem stellvertretenden DVG-Landesvorsitzenden Christian Hinzmann zum erfolgreichen Abschluss seines Studiums.

ihre herausragende Bachelorarbeit mit kommunalem Bezug.

Zu den Absolventen zählte auch Christian Hinzmann, stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG), dem der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht persönlich zu diesem Erfolg gratulierte.

Am Rande des Festaktes tauschten sich Knecht, Innenminister Pegel und Dr. Stefan Metzger, Direktor der FHöVPR, über die geplanten Novellen des Landesbeamtengesetzes

und des Personalvertretungsgesetzes aus.

## > Hintergrund

Aktuell absolvieren 998 Männer und Frauen ein Studium, eine Ausbildung oder eine Aufstiegsqualifikation an der Fachhochschule in Güstrow. Die Fachhochschule ist die zentrale Tagungs- und Fortbildungsstätte für den öffentlichen Dienst im Land mit im Jahr 2023 knapp 10 600 Teilnehmern. Mit derzeit 217 Beschäftigten ist die Fachhochschule ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. ■

SBB-Seminare machen dich fit

# Interessenvertretung im Spannungsfeld zwischen Fachaufgaben und Ehrenamt

Viele von uns engagieren sich neben ihrer beruflichen Tätigkeit in verschiedenen Ehrenämtern. Wichtig sind sie alle. Als SBB liegen uns natürlich die Mitstreiterinnen und Mitstreiter in gewerkschaftlichen Gremien und betrieblichen Interessenvertretungen besonders am Herzen. Deshalb bieten wir regelmäßig in Zusammenarbeit mit der dbb akademie Seminare an, die darauf abzielen, diese Engagierten in ihren Aufgaben zu stärken.



So haben wir uns am 24./25. Oktober 2024 der Frage gewidmet, wie die Anforderungen aus fachlichen Aufgaben mit den Ansprüchen des Ehrenamts besser „unter einen Hut“ gebracht werden können. Dies ist oft nicht einfach, insbesondere in stressigen Zeiten, wenn gefühlt „Land unter“ ist.

Das kennen wir alle: Immer dann, wenn eine Sitzung des Personalrates bevorsteht, quillt auch der dienstliche Postkorb gerade über. Und wer von unseren ehrenamtlichen Mitarbeitern hat nicht schon einmal die Frage gehört, wann man denn endlich vor Ort sei? Und was man denn eigentlich die ganze Zeit im Personalrat mache? Und wieso überhaupt? Schließlich sei man ja wohl zur Arbeit hier.

Die gute Nachricht vorweg: Mit geplantem und fokussiertem Arbeiten, einem guten Zeitmanagement und ganz viel Kommunikation können solche Probleme gelöst werden. Und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unseres Seminars jetzt sogar noch viel leichter.

## ■ Wichtige Priorisierung und Zeitplanung

Mit Struktur und erlernbaren Arbeitstechniken, mit vielen

Routinen, Tipps und Tricks, vor allem aber mit jeder Menge Achtsamkeit und Selbstliebe kriegen wir jetzt vieles noch besser hin. Den Instrumentenkasten dafür hat uns Cristina Fischer, unsere Dozentin, zur Verfügung gestellt. In zahlreichen Übungen und Diskussionen haben wir unseren Blick geschärft für Priorisierung und Zeitplanung.

Und wir haben unsere Sicht auf uns selbst hinterfragt. Dazu gehört, nicht jede Aufgabe an sich zu reißen und den Mut zu haben, auch einmal Nein zu sagen. Wer regelmäßig für andere da ist, sollte unbedingt auf sich selbst achten, und das ganz ohne ein schlechtes Gewissen.

## ■ Klare Kommunikation pflegen

Interessenvertretung im betrieblichen oder gewerkschaftlichen Ehrenamt ist nie Selbstzweck, wir sind immer für viele Kolleginnen und Kollegen aktiv. Dies regelmäßig laut zu sagen, Erfolge und Aufgaben des Gremiums zu kommunizieren und selbstbewusst für das eigene Ehrenamt einzutreten, gehört auch dazu und schafft Akzeptanz.

Ach, übrigens: Manchmal musst du auch im Ehrenamt eine bittere Pille schlucken. Wenn du aber weißt, wann und wie du diese Herausforderung in deinen Tag einbaust, ist auch das kein Problem.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben jedenfalls aus unserem Seminar sehr viel mitgenommen: neue Impulse für ihr Ehrenamt, wertvolle Kontakte zu Gleichgesinnten, inspirierenden Austausch und bessere Vernetzung.

Wir sind viele in der SBB-Familie, viele Engagierte im Ehrenamt. Miteinander und voneinander zu lernen, macht Spaß und davon profitieren letztlich alle.

Unsere Seminare helfen dabei. Die Themen und Ausschreibungen dafür werden regelmäßig auf unserer Website [www.sbb.de](http://www.sbb.de) veröffentlicht. Schaut einfach regelmäßig vorbei. ■





# Personalversammlung jetzt auch hybrid möglich

Im Landratsamt Landkreis Leipzig ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ende August 2024 erstmals die digitale Teilnahme per Webex an einer Personalversammlung ermöglicht worden, zu der der Personalrat in das Kulturhaus nach Böhlen eingeladen hatte.

Vor Ort hatten circa 160 Beschäftigte, Referenten und Gäste die Personalversammlung durchgeführt. Für die Übertragung sorgte eine IT-Fachfirma, die auch das technische Equipment zur Verfügung stellte. Die zugeschalteten Beschäftigten konnten sich per Chat an den Diskussionen beteiligen, eine Möglichkeit, die viel genutzt wurde.

## ■ Sorgfältige Planung notwendig

Die Organisation und Durchführung einer Personalversammlung sind eine anspruchsvolle Aufgabe, die sorgfältige Planung und rechtliche Kenntnisse erfordert. Durch Änderungen im Sächsischen Personalvertretungsgesetz (SächsPersVG) vom Juli 2024 kann sie auch in hybrider Form durchgeführt werden.

Konkret bedeutet das, dass sowohl vor Ort als auch online eine Teilnahme möglich ist. In § 49 Abs. 1 SächsPersVG heißt es dazu, dass der „Personalrat, soweit über die notwendigen technischen und organisatorischen Bedingungen Einvernehmen mit der Dienststellenleitung besteht, zur Personalversammlung Beschäftigte mittels audiovisueller Einrichtungen aus anderen Räumen am Hauptsitz der Dienststelle, aus Nebenstellen oder Teilen der Dienststelle oder Beschäftigte in mobiler Arbeit außerhalb der Dienststelle zuschalten kann“.

Nach § 50 SächsPersVG kann der Personalrat den Beschäftigten auch seinen Tätigkeits-

bericht zur Einsicht zur Verfügung stellen.

Bei der Planung einer Personalversammlung oder Teilverammlung in digitaler Form gilt es, bereits im Vorfeld das Ziel zu schärfen. Die Veranstaltung kann dazu dienen, die Beschäftigten zu informieren, zu motivieren und gemeinsam Ziele zu erreichen.

Wichtige organisatorische Fragen sind: Wer ist vor Ort anwesend? Ist der Raum für eine Übertragung der Personalversammlung geeignet?

Für die Präsenzveranstaltung sollte ein Anmeldesystem genutzt werden, das allen, die es wünschen, die Teilnahme vor Ort ermöglichen kann.

## ■ Ablauf optimieren

Um den Ablauf der Veranstaltung zu optimieren, empfehlen sich interaktive Elemente und ausreichender Raum für Fragen und Diskussionen der Mitarbeiter. Präsentationen und Redebeiträge sollten prägnant, verständlich und möglichst verstärkt durch visuelle Hilfsmittel (zum Beispiel Powerpoint-Präsentationen) vorgetragen werden.

Auch die Nachbereitung der Personalversammlung ist wichtig, um ihren Erfolg langfristig zu sichern. Hier ist eine schriftliche Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse und Beschlüsse empfehlenswert, die den Beschäftigten über das Intranet, per E-Mail oder auch als gedrucktes Dokument zur Verfügung gestellt



werden kann. Diese Zusammenfassung sollte auch Antworten auf die Anfragen beinhalten, die in der Personalversammlung nicht beantwortet werden konnten.

## ■ Feedback einholen

Schließlich sollte nicht ver-säumt werden, das Feedback der Mitarbeiter zur Personal-

versammlung einzuholen, um Verbesserungspotenziale für die nächste Veranstaltung nutzen zu können. Dafür bieten sich Online-Umfragen, Feedback-Formulare, persönliche Gespräche und Feedback-Runden oder auch anonyme Feedback-Boxen an.

*André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender SBB*

# Voller Erfolg für die SBB Frauen!

Die Jahreshauptversammlung der SBB Frauen am 22. Oktober 2024 im Dorint Hotel Dresden war ein voller Erfolg. Eingeladen waren die Frauenvertretungen der 39 Mitgliedsgewerkschaften des SBB. Gekennzeichnet war die Veranstaltung insbesondere durch zukunftsorientierte Diskussionen und viele anerkennende Worte.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Steffen Winkler, der die Erfolge des SBB in den letzten 33 Jahren zusammenfasste und auch zu den anstehenden Tarifverhandlungen Stellung bezog. Winkler äußerte sich wertschätzend, inspirierend und anerkennend über die wichtigen Errungenschaften des SBB.

Ein besonderes Highlight der Veranstaltung war der Besuch der Landesvorsitzenden Nanette Seidler, die über die vielfältige Arbeit des SBB informierte. Dabei wurde deutlich: Vom Beteiligungsverfahren bis hin zu den Seminaren – der SBB steht als kompetenter Ansprechpartner für die Anliegen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an vorderster Front.

Einen Rückblick auf die Erfolge und Veranstaltungen der SBB Frauen im vergangenen Jahr gab im Anschluss die Vorsitzende Antje Bräuer in ihrem Rechenschaftsbericht. Besonders hervorgehoben wurden dabei die Veranstaltung „Mental Load“ zum Internationalen Frauentag und die Demokratieveranstaltung „Du hast die Wahl“.

## ■ Besorgnis über sinkenden Frauenanteil

Mit Blick auf 2025 zeigten sich die SBB Frauen besorgt über den sinkenden Frauenanteil im sächsischen Landeparlament.

Ohne die weibliche Perspektive in der Politik bestehe die Gefahr, dass wichtige gesellschaftliche Themen wie Familienpolitik, Arbeitswelt oder soziale Gerechtigkeit ins Hintertreffen geraten. „Wenn Frauen nicht mitentscheiden, fehlt ein bedeutender Teil der Lösung“, war sich das Gremium einig.

Diskutiert wurden darüber hinaus Themen wie Digitalisierung, Arbeitsverdichtung, Personalmangel und die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Diese Entwicklungen sorgen größtenteils für erschwerte Arbeitsbedingun-

gen und stellen die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen.

## ■ Hauptthema „Pflege“

Zentrales Thema der SBB Frauen im kommenden Jahr wird die Pflege sein. Angesichts der demografischen Entwicklung und der wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen (fünf Millionen allein in Deutschland) sind pflegende Angehörige eine tragende Säule des Pflegesystems. Ein Vortrag mit dem Titel „Was kostet die Pflege?“ führte bei der Jahreshauptversammlung in dieses wichtige Thema ein.

Besondere Freude löste die Nachwahl für den Frauenvorstand aus, bei der sich drei engagierte Kolleginnen bereit erklärt haben, das Team zu verstärken: Katleen Thieme vom SLV, Tina Lämmel von der komba und Heike Thom von der DVG. Herzlich willkommen im Vorstand der SBB Frauen! Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit und die frischen Ideen, die sie mitbringen werden.

## ■ Regelmäßiger Austausch erwünscht

In der anschließenden Gesprächsrunde wurde deutlich, dass sich die Frauen der Mitgliedsgewerkschaften vor allem regelmäßigen Austausch, Gesprächsrunden und informative Veranstaltungen von den SBB Frauen wünschen.

Insgesamt war die Jahreshauptversammlung eine sehr gelungene Veranstaltung, geprägt von Engagement, spannenden Diskussionen und einem starken Gemeinschaftsgefühl unter den Frauen der Mitgliedsgewerkschaften.

*Diana Arndt,  
stellvertretende Vorsitzende  
SBB Frauen*



> Der neue Vorstand der SBB Frauen: Antje Bräuer, Monika Dietz, Heike Thom, Katleen Thieme, Tina Lämmel, Diana Arndt (von links)



© SBB Frauen@Hala (2)

> Die Teilnehmerinnen der Jahreshauptversammlung



Landesfachgewerkschaften der Rechnungshöfe

# Jahresfachtagung in Schwerin

Prüfervereinigungen und angeschlossene Personalräte der Rechnungshöfe von Ländern und Bund trafen sich vom 10. bis 12. Oktober 2024 zur Jahresfachtagung der Landesfachgewerkschaften der Rechnungshöfe in Schwerin.



Monika Zekert und Steffen Zerbs vertraten dabei als Vorstandsmitglieder die Vereinigung der Beschäftigten des Sächsischen Rechnungshofes (VBSR). Der Erfahrungsaustausch eröffnete spannende Einblicke in den Umgang mit der elektronischen Akte, mit künstlicher Intelligenz sowie mit Diensthandys.

Ein Austausch über Ländervergleiche zu Besoldungsstrukturen, Stellen- und Beförderungssituationen bot im weiteren Verlauf neue Perspektiven und wertvolle Anregungen für die zukünftige Arbeit.

## Ein unvergesslicher Abend

Zum Abschluss genossen die Teilnehmer der Tagung zusammen mit ehemaligen Vorsit-

zenden der Vereinigungen eine interessante Führung durch das prächtige Schweriner Schloss mit dem beeindruckenden Plenarsaal des Landtags

und unternahmen eine historische Stadtführung durch die malerische Landeshauptstadt. Bei einem geselligen Beisammensein wurden die intensiven

Diskussionen des Tages weiter vertieft.

*Monika Zekert und Steffen Zerbs*

## Jugendprojekte erörtert

Am 25. Oktober 2024 trafen sich in Chemnitz einige Vertreter der Jugendorganisationen von SBB Fachgewerkschaften, um im Rahmen eines Landesjugendausschusses die Projekte für 2025 zu besprechen.



# Sparkurs der Landesregierung ohne Plan und System



© Alexas\_Fotos/pixabay

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat einen zweijährigen Einstellungsstopp für die Jahre 2025 und 2026 beschlossen, um die steigenden Personalkosten zu bremsen und den Haushalt auszugleichen. Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, warnt vor den Folgen dieser Entscheidung.

Der Einstellungsstopp betrifft die meisten frei werdenden Stellen in der Landesverwaltung. Davon ausgenommen sind lediglich Lehrer, Polizisten und eigene Nachwuchskräfte. Aufgrund dieser Maßnahme ist derzeit eine Welle von Stellenausschreibungen zu beobachten, da die Behörden versuchen, noch so viele Positionen

wie möglich vor Inkrafttreten des Stopps zu besetzen.

dbb Landeschef Ulrich Stock kritisiert die Entscheidung der Landesregierung: „Wir werden in nicht voraussehbaren Teilen der Verwaltung zur Arbeitsunfähigkeit kommen. Die Sparmaßnahme ist ein ‚Harakiri‘.“ Bereits jetzt fehlt in vielen Be-

reichen der Verwaltung Personal. „Das Problem ist, die Landesregierung sagt uns nicht, welche Aufgaben nicht mehr erledigt werden sollen, sondern verlässt sich auf das Prinzip: Wird schon irgendwie gehen“, betont Stock. Zugleich warnt er vor weiteren großen Problemen, falls in den kommenden zwei Jahren Spezialisten die Behörden verlassen sollten. Noch zusätzlich verschärfen dürfte sich die Personalnot, weil viele Beschäftigte in den nächsten Jahren, oft auch vorzeitig, in den Ruhestand gehen oder andere attraktivere Arbeitgeber suchen.

Bei der gerade aktuellen Suche nach Nachwuchskräften seien

die Aussagen von Finanzminister Michael Richter und der CDU im Landtag, „der Personalkörper sei zu fett oder gar überflüssig“ nicht gerade hilfreich: „Oder wollen Sie bei einem Arbeitgeber anfangen, der seinen Personalkörper als zu fett oder gar als überflüssig bezeichnet?“, fragt Stock.

Der dbb sachsen-anhalt fordert statt planlosen Aktionismus nachhaltige Lösungen, die sowohl den finanziellen Gegebenheiten des Landeshaushaltes als auch den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden. Dies erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes von Landtag und Landesregierung. ■

Hauptvorstand kritisiert

## Einstellungsstopp gefährdet Arbeitsfähigkeit der Verwaltung

Der Hauptvorstand des dbb sachsen-anhalt hat bei seiner Sitzung am 18. Oktober 2024 in Halle-Peißen mit heftiger Kritik auf den geplanten Einstellungsstopp der Landesregierung reagiert. Weitere zentrale Themen waren die Personalratswahlen 2025, die amtsangemessene Alimentation sowie die bevorstehende Einkommensrunde für Bund und Kommunen 2025.

Der von der Landesregierung vorgesehene Einstellungsstopp in Sachsen-Anhalt bedeutet,

dass frei werdende Stellen in der Verwaltung grundsätzlich nicht mehr nachbesetzt wer-

den. Die Maßnahme soll die steigenden Personalkosten eindämmen und zu Ersparnissen

zwischen 170 bis 180 Millionen Euro führen. Polizisten, Lehrer, Auszubildende und Referenda-



re sind vom Einstellungsstopp nicht betroffen und können weiterhin eingestellt werden.

### ➤ Effizienz gefährdet

Die Mitglieder des dbb Hauptvorstandes waren sich einig, dass die jetzt schon zu hohe Arbeitsbelastung des Bestandspersonals im öffentlichen Dienst damit noch weiter ansteigen und die Effizienz der Verwaltung gefährdet wird. Langfristig werde der Einstellungsstopp darüber hinaus die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber weiter beeinträchtigen und die jetzt schon problematische Nachwuchsgewinnung noch

zusätzlich erschweren. dbb Landeschef Ulrich Stock zeigte sich besonders enttäuscht über die Aussagen von Finanzminister Michael Richter und der CDU in der Sitzung des Landtages im September 2024. „Der Personalkörper ist zu fett oder gar überflüssig“ – so waren die Beschäftigten zur Begründung des Stopps diffamiert worden.

### ➤ 8-Prozent-Forderung beschlossen

Über den Stand der Vorbereitungen zur Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen im nächsten Jahr informierte der stellver-

tretende dbb Landesvorsitzende und Vorsitzende der dbb tarifkommission sachsen-anhalt, Torsten Grabow, die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Grundlage für die vom dbb am 9. Oktober 2024 beschlossene gemeinsame Einkommensforderung für den Bund und die Kommunen seien die in sieben Regionalkonferenzen ermittelten Vorstellungen und Anliegen der Mitglieder gewesen. Beschlossen wurde danach eine Erhöhung der Gehälter um 8 Prozent im Volumen, mindestens jedoch 350 Euro pro Monat. Außerdem werden drei zusätzliche

freie Tage zur Entlastung und die Einführung eines Arbeitszeitkontos, das den Beschäftigten mehr Flexibilität bei der Nutzung von Überstunden und Entgelterhöhungen bieten soll, gefordert. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen und die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu verringern.

Weiterer Bestandteil der Tarifforderung ist – wie auch schon in der Vergangenheit – die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes. ■



© dbb sachsen-anhalt

➤ Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptvorstandssitzung des dbb sachsen-anhalt am 18. Oktober 2024

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

# Zeiterfassungssystem muss rechtskonform sein

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat im Juli 2024 ein neues Arbeitszeitmanagementsystem „ERP-Time“ eingeführt. Dieses System soll eine modernisierte und flexiblere Erfassung und Korrektur der Arbeitszeitdaten ermöglichen. Ziel ist es, die bestehenden Arbeitszeitregelungen weitestgehend aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Beschäftigten mehr Freiraum zu gewähren.

Das neue Zeiterfassungssystem war auch Thema des jährlichen Landesgewerkschaftstags der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales, Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen, der am 6. und 7. September 2024 in Tangermünde stattfand.

## Widersprüchliche und unvollständige Aussagen

Grundlage der neuen Zeiterfassung bildet die mit dem Hauptpersonalrat (HPR) abgeschlossene „Rahmendienstvereinbarung zur Einführung eines modernisierten Arbeitszeitmanagements über ERP-Time“. Bei den Beschäftigten hat die Einführung allerdings gemischte Reaktionen hervorgerufen. Während die Bundesanstalt die Vorteile des Systems betont, wie nahtlose Integration und erhöhte Effizienz in den Bereichen Finanzen und Personal, werden auch kritische Stimmen laut.

Vom vbba wurden Bedenken im Hinblick auf eine rechts-sichere Handhabung des Systems geltend gemacht. „Die bisherigen Erläuterungen enthalten teils widersprüchliche und auch unvollständige Aussagen zur Anwendung des neuen Zeiterfassungssystems und lassen viel Interpretationsspielraum in der praktischen Um-

setzung zu“, kritisiert Landeschefin Kristin Arnold.

## Schneller und flexibler

Bisher wurde die Arbeitszeit der Beschäftigten in der Bundesagentur für Arbeit in IT-Zeit erfasst und verwaltet. Mit der Ablösung von IT-Zeit durch ERP-Time soll die Erfassung der Arbeitszeiten schneller und flexibler werden, administrative Aufwände im internen Servicepersonal reduziert und für eine effektive Bearbeitung anderer Anliegen der Beschäftigten verfügbar gemacht werden. Die Einführungsphase begann am 15. Juli 2024 und soll bis zum 1. November 2024 abgeschlossen sein.

## HPR beteiligt

Der HPR hat die Vorbereitung der Pilotierung von ERP-Time sowie den Entwicklungsprozess eng begleitet. So fand ein regelmäßiger Austausch mit den Personalräten der Pilotierungsdienststellen statt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden berücksichtigt und es konnten zahlreiche Verbesserungen erzielt werden.

Als Ausgleich für den Wegfall der Zeiterfassungsgeräte in den Dienststellen können und sollen die Beschäftigten ihre individuelle durchschnittliche einfache Wege- und Rüstzeit

in ERP-Time hinterlegen, damit diese bei der nächtlichen Datenverarbeitung automatisch berücksichtigt werden kann. So entstehen für die Beschäftigten bei der „Schnellbuchung“ keine Nachteile. Darüber hinaus besteht aber auch die Möglichkeit, die „ausführliche Buchungsoption“ zur Erfassung der Kommen- und Gehenzeiten zu nutzen. Die Wahl könne jeder Beschäftigte eigenständig bei jeder Buchung neu treffen.

Da bereits vor Ort bewährte Dienstvereinbarungen zur Erfassung, Verarbeitung und Auswertung der Arbeitszeit über IT-Zeit bestehen, war es dem HPR besonders wichtig, zentral nur die Auswertungen mitzubestimmen, die für die Administration der Arbeitszeitdaten unbedingt notwendig seien. Darüberhinausgehende Auswertungen aus ERP-Time durch berechnete Beschäftigte des internen Servicepersonals sollen vor Ort und unter Beteiligung der örtlichen Personalvertretung vorgenommen werden.

In den ERP-Time-Pilotagenturen stand bisher die „My Reporting-App“ zur Verfügung. Über diese konnte Führungskräften der jeweilige Monats-

saldo der zugeordneten Beschäftigten angezeigt werden, wenn sich dieser außerhalb eines Rahmens von minus 10 bis plus 40 Stunden befand. Da jedoch keine gegebenenfalls abweichenden dienststellen-spezifischen Auswertungszeiträume und Stundengrenzen eingestellt werden können, wird diese App nicht weiter zur Verfügung gestellt.

## Rechtskonforme Handhabung wichtig

Neben den Agenturen planen viele Jobcenter in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die neue Software sowie die hierzu erarbeiteten Rahmenvereinbarungen zu übernehmen.

„Wir als vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales erwarten im Interesse unserer Mitglieder und aller Beschäftigten in den Agenturen und Jobcentern von den Verantwortlichen vor Ort eine eindeutige und rechts-sichere Handhabung mit entsprechenden aktuellen Arbeits-hilfen und Beispielen. Ferner müssen klare Ansprechpartner vor Ort benannt werden. Der rechtssichere Umgang mit dem neuen Zeiterfassungssystem liegt im Interesse aller Beteiligten“, betont Arnold in diesem Zusammenhang. ■



> Kristin Arnold, Vorsitzende des vbba, Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen

© privat



Bund Deutscher Rechtspfleger Sachsen-Anhalt e. V.

# Digitalisierung der Ausbildung durchgesetzt

Die am 1. Oktober 2024 von Justizstaatssekretär Steffen Eckold im Oberlandesgericht Naumburg vereidigten 30 Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter können sich über ein modernes Arbeitsmittel zur Bewältigung ihres Studiums freuen.

Denn auf Initiative des Bundes Deutscher Rechtspfleger Sachsen-Anhalt e. V. erhalten die Anwärterinnen und Anwärter ein auf das Studium der Rechtspflege an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ausgerichtetes Tablet. Die Tablets sind mit spezieller Software und digitalen Lehrmaterialien ausgestattet, die den Studierenden helfen sollen,

ihre Studieninhalte besser zu organisieren und effizienter zu lernen. Darüber hinaus fördert diese Maßnahme die Digitalisierung und Modernisierung des Studiums, was den technologischen Anforderungen in der heutigen Zeit entspricht.

„Die Studierenden besitzen somit ein zeitgemäßes und vielseitiges Werkzeug, um den



> Feierlich vereidigt Justizstaatssekretär Steffen Eckold 30 Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter im Oberlandesgericht Naumburg.

zum Teil hybriden Unterricht an der HWR zu verfolgen, sich untereinander zu vernetzen, Lerninhalte über die von der Hochschule und dem BDR bereitgestellten Plattformen zu nutzen und auch Kontakt mit den verantwortlichen Ansprechpartnern im Oberlandes-

gericht zu halten“, betonen Christoph Stammer und Georg Schreiber, beide Vorstandsvorsitzende des BDR. Die Justiz in Sachsen-Anhalt gewinne damit eine gute Außenwirkung und könne sich zum Beispiel auf Berufsmessen mit diesem Projekt besser profilieren. ■



> Die frisch vereidigten Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter mit Justizstaatssekretär Steffen Eckold

## Thüringer Haushaltsplan 2025

# Falsches Signal für den öffentlichen Dienst

Die Ankündigung von Thüringens Finanzministerin Heike Taubert, dass die Ministerien ab 2025 die Hälfte der Personalkosten selbst erwirtschaften sollen, ist ein besorgniserregendes Signal für alle Beschäftigten im Landesdienst.

Noch im Dezember 2023 hatte die Finanzministerin den Tarifabschluss des TV-L als „fairen Abschluss für beide Seiten“ bezeichnet. Dem widerspricht es, jetzt von den Ministerien die eigenständige hälftige Finanzierung der tariflich vereinbarten Gehaltssteigerungen zu verlangen.

### ■ Falsche Schwerpunkte

Das Personal ist das wichtigste Kapital des öffentlichen Dienstes in Thüringen, und mit dem Vorhaben der Ministerin werden eindeutig die falschen Schwerpunkte gesetzt. Die Auswirkungen dieser Entscheidung werden direkt auf den Rücken der Beschäftigten übertragen. Maßnahmen wie Höhergruppierungen, Beförderungen, Neueinstellungen sowie eine höhere Ausbildungsquote könnten nun infrage gestellt werden. Das droht, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erheblich zu schwächen.

Finanzministerin Taubert erklärte noch 2023, dass „auch in Zukunft geeignetes Personal gewonnen und gehalten werden muss“. An dieser Aussage muss sie sich messen lassen. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Gehälter des öffentlichen Dienstes in Thüringen sind schon jetzt im Vergleich der Bundesländer unterdurchschnittlich. Um den wachsenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Lehrern, Ingenieuren und anderen hoch qualifizierten Fachkräften, zu bewältigen, muss der Freistaat in die entgegengesetzte Richtung steuern: Nur durch langfristige Perspektiven in der Personalentwicklung lässt sich dieser Trend umkehren.

### ■ Widerspruch zum Personalentwicklungskonzept

Im Personalentwicklungskonzept der Landesregierung (PEK



reichbar sein, betont der tbb Vorsitzende Frank Schönborn. Begriffe wie Wertschätzungsoffensive, Mitarbeiterzufriedenheit und Perspektiven in der Personalentwicklung würden vor diesem Hintergrund ad absurdum geführt.

Bereits jetzt werde der neuen Landesregierung der Weg erschwert, ihre geplanten Vorhaben umzusetzen. „Das Sofortprogramm zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes, das aus den Sondierungsgesprächen zwischen CDU/BSW und SPD hervorgegangen ist, wird nur teilweise oder gar nicht umsetzbar sein“, so Schönborn.

2025) heißt es: „Die Aufgabe der Personalentwicklung im Freistaat Thüringen in den nächsten Jahren wird es deshalb sein, leistungsstarke, motivierte und gut ausgebildete Bedienstete zu akquirieren und dauerhaft zu binden, um auch in Zukunft alle wichtigen Aufgaben des Staates rechtsstaatlich, effizient und bürgernah erfüllen zu können.“ Doch mit den aktuellen Maßnahmen werde dieses Ziel kaum er-

Der Thüringer Beamtenbund zeigt sich enttäuscht und setzt sich weiterhin entschlossen für eine gerechte Einkommens- und Besoldungsentwicklung ein. ■

## Thüringer Weihnachtsmarkt 2024

Liebe Mitglieder,

treffen Sie den Thüringer Beamtenbund (tbb) auf acht Weihnachtsmärkten in ganz Thüringen. Kommen Sie mit uns ins Gespräch.

Jeweils um 17 Uhr erwartet die Mitglieder in Erfurt/Gera/Sömmerda/Jena/Meiningen/Suhl/Gotha/Weimar eine Überraschung. Seien Sie gespannt.

Eine Anmeldung ist erforderlich unter: <https://eveeno.com/de/event-search?period=future&term=tbb>.





CDU | BSW | SPD

# Sondierungspapier geht in die richtige Richtung

Der Thüringer Beamtenbund (tbb) zeigt sich zufrieden mit den ersten Ergebnissen der Sondierungen zwischen CDU, BSW und SPD. „Die Ansätze gehen in die richtige Richtung und legen den Fokus auf einen starken und leistungsfähigen öffentlichen Dienst“, erklärte der Landesvorsitzende Frank Schönborn.

Der tbb erwartet eine zeitnahe Umsetzung der Dienstrechtsreform. Der bisherige zweijährige Prozess zur Modernisierung des Beamtenrechts sei zukunftsweisend und müsse folglich zu Beginn der Legislatur verabschiedet werden.

Auch das Sofortprogramm zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes durch gezielte Maßnahmen zur Personalentwicklung und Nachwuchsgewinnung zählt seit vielen Jahren zu den Kernforderungen des tbb. Im Rahmen seiner „Ausbildungsinitiative“ hat der tbb immer wieder bekräftigt, dass das duale Studium auf weite Teile der Landesverwaltung ausgeweitet werden muss, um geeigneten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.



## ➤ Voraussetzungen für neue Verwaltungskultur schaffen

Wer eine neue Kultur der Verwaltung einfordert, so der tbb weiter, müsse auch die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Die bisherige Situation in den Behörden sei aber von Beförderungstaus und fehlenden Entwicklungsperspektiven für die Beschäftigten geprägt. Es fehle auch an einer wertschätzenden Führungskultur.

Die im Sondierungspapier angedachte Aufgabenkritik wird vom tbb grundsätzlich unterstützt, sofern die Beschäftigten einbezogen werden. Für die

Genehmigungsfiktionen seien die personellen und gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Modernisierung der Verwaltung unter Einbeziehung der Digitalisierung wird nach Überzeugung des tbb nur dann gelingen, wenn die Vorgaben in allen Verwaltungsstrukturen konsequent umgesetzt werden. Dabei sollten die Vorteile sowie die Umsetzungsprozesse von spezialisierten Teams begleitet werden.

## ➤ Positive Ansätze in der Schulpolitik

Im Bereich Bildung und Familie werde in dem Papier Verständ-

nis für die bisherigen Mängel an den Schulen deutlich: Vorgesehen sind verpflichtende Sprachtests vor Schulbeginn, vorgeschaltete Klassen, Einschränkung der Handynutzung, Beibehaltung des gegliederten Schulsystems, Ausbau des Ganztagsangebots, bauliche Maßnahmen an den Schulen, Förderung der Inklusion. Ein klares Bekenntnis zu multi-professionellen Teams fehle jedoch bislang.

Im Bereich Migration, Sicherheit und Justiz „Sicherheit stärken: Schutz und Ordnung gewährleisten“ begrüßt der tbb die in den kommenden fünf Jahren beabsichtigte Neueinstellung von 1 800 Polizisten.

Zusätzlich sollten jedoch Kernaussagen zur leistungsfähigen und effizienten Ausstattung der Polizei getroffen werden. Dazu gehören auch konkrete Angaben über die angestrebte Gesamtstärke und über den künftigen jährlichen Personalzuwachs. Nachsteuerungspotenzial sieht der tbb in dem Papier bei der Positionierung zur inneren Sicherheit und zum Schutz der Verfassung.

## ➤ Fazit des tbb

Der tbb erwartet, dass die erfolgreichen Sondierungsgespräche zügig in Koalitionsverhandlungen übergehen. Dies ist notwendig zum Wohle der Menschen in Thüringen. ■

tbb seniorenvertretung

# Alternative Wohnformen im Alter beraten

Am 9. September 2024 fand die jährliche Landesseniorenversammlung in Erfurt unter dem Motto „Alternative Wohnformen im Alter“ statt.



© tbb seniorenvertretung

> Die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter bei der Landesseniorenversammlung am 9. September 2024 in Erfurt

Dr. Jan Steinhaußen, Geschäftsführer des Thüringer Landesseniorenrates, gab bei der Veranstaltung einen umfassenden Überblick über den Wohnungsbau und die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Hervorzuheben ist die gute Beteiligung der Seniorenvertreter der Einzelgewerkschaften an der Landesseniorenversammlung. Mit guten Hinweisen und Kritiken wurde

der Weg für die künftige Arbeit der Seniorenvertreter Thüringens vorgegeben.

Zum Abschluss fand als Highlight – wie schon im Vorjahr – eine kleine Weinverkostung in der „Weinzunft“ auf dem Weinberg am Petersberg statt. Obwohl nur ein Teil der Seniorenvertreter teilnehmen konnte, war die Weinprobe ein schöner Ausklang unserer Landesseniorenversammlung.

*Regina Biertümpfel,  
Landesvorsitzende  
tbb seniorenvertretung*

DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft Thüringen

# 15 Anwärter erhielten Ernennungsurkunde

Am 1. Oktober 2024 fand in Gotha eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Thüringer Justiz statt. An diesem festlichen Tag ehrten der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Thüringen, Sebastian Zitzmann, und die Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Thüringer Justiz sowie Beisitzerin der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Thüringen, Angelika Schirmer, gemeinsam mit einem weiteren Gewerkschaftsmitglied die Anwärterinnen und Anwärter der Justizoberassistenten des Einstellungsjahrgangs 2022.

In einer feierlichen Zeremonie überreichte die Ministerin des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV), Doreen Denstädt, den frischgebackenen Absolventinnen und Absolventen ihre Abschlusszeugnisse sowie die Ernennungsurkunden für das Beamtenverhältnis auf Probe. Mit großer Freude und Anerkennung wurde verkündet, dass 15 Anwärterinnen und An-

wärter ihre Prüfungen erfolgreich bestanden haben und nun stolz auf ihre hervorragenden Leistungen blicken dürfen. Diese engagierten jungen Talente werden in den verschiedenen Gerichten und Staatsanwaltschaften mit großer Dringlichkeit erwartet und benötigt.

Nach der feierlichen Zeremonie konnten Sebastian Zitzmann und Angelika Schirmer die An-



© DJG Thüringen

> Ihre Ernennungsurkunden erhielten die 15 Anwärterinnen und Anwärter von Justizministerin Doreen Denstädt.

wärter zu ihrem Gesundheitstag begrüßen. Viele waren überrascht, dass es in der Justiz eine eigene Gewerkschaft gibt, und zeigten sich interessiert. An dem aufgebauten DJG-Stand entwickelten sich anregende Gespräche, die Hoffnungen auf neue Mitglieder weckten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass trotz dieser vielversprechenden Begegnun-

gen noch erheblicher Einsatz, Engagement und kreative Ideen notwendig sind, um auch die jüngeren Generationen für die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zu gewinnen und sie für eine aktive Mitgestaltung der beruflichen Rahmenbedingungen zu begeistern.

*Sebastian Zitzmann,  
stellvertretender Vorsitzender  
DJG Thüringen*



## Landesjugendausschuss der dbb jugend thüringen

# Machen statt meckern!

Am 14. Oktober 2024 tagte der Landesjugendausschuss des dbb jugend thüringen, der neben dem Landesjugendtag richtungsweisend für die Arbeit der dbb jugend thüringen ist.

Nach einer Begrüßung der 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Landesjugendvorsitzende Saskia Grimm informierte der stellvertretende tbb Landesvorsitzende Andreas Schiene in einem Grußwort unter anderem über das Thüringer Personalentwicklungskonzept, die amtsangemessene Alimentation und die aktuellen Tarifforderungen.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wählten die Delegierten zwei neue Mitglieder in die Landesjugendleitung. Abigail

Rößner wurde als stellvertretende Landesjugendvertreterin gewählt und Marie-Luise Voigt als Schatzmeisterin. Wir gratulieren beiden zur Wahl und wünschen viel Erfolg im neuen Amt. Die Arbeit der dbb jugend thüringen ist ehrenamtlich und wir sind froh, dass jetzt fünf engagierte Mitglieder dafür zur Verfügung stehen.

Bei den Sachberatungen standen der Jahresbericht 2023, Anträge und Anliegen der Mitgliedsgewerkschaften auf der Tagesordnung. Besonderes



Highlight waren die von unserem Partner BBBank vorgestellten Kooperationsmöglichkeiten.

Ein kreatives Brainstorming und ein reger Austausch, ganz unter der Devise „Machen statt Meckern“, führte am Ende der Veranstaltung zu neuen Ideen für die Jugendarbeit im kom-

menden Jahr. Diskutiert wurde insbesondere, welche Anliegen Berücksichtigung finden müssen und welche Themen im Fokus stehen sollten.

Alles in allem war es ein konstruktives und gewinnbringendes Treffen, das auch Raum für den persönlichen Austausch ließ. ■

## Jugend- und Auszubildendenvertretung

# Schulung zum Thüringer Personalvertretungsrecht

Der 15. Oktober 2024 war ein besonderer Tag für die dbb jugend thüringen. Denn bei der ersten Schulung für die Jugend- und Auszubildendenvertretung unter der sachkundigen Leitung von Rainer Kräuter wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Grundzügen des Thüringer Personalvertretungsrechts vertraut gemacht.

Kräuter verstand es meisterhaft, die theoretischen Grundlagen mit anschaulichen Beispielen aus der Praxis zu verknüpfen. Praxisnahe Geschichten und Sachverhalte erleichterten den Zugang zu wichtigen Gesetzen und Strukturen.

Im Rahmen dieser Schulung wurde schnell deutlich, wie entscheidend die Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Jugend- und Auszubildendenvertretung ist. Nur wer die eigenen Rechte kennt und versteht, ist



> Unsere Teilnehmer sind gut gerüstet für die bevorstehenden JAV-Wahlen in Thüringen.

auch in der Lage, sie gegenüber Arbeitgebern beziehungsweise Dienstherren wirksam zu vertreten. Rainer Kräuter vermittelte auch, wie notwendig Selbstvertrauen ist, um in der Personalvertretung aktiv Veränderungen herbeizuführen.

Insgesamt war die Schulung ein voller Erfolg und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben neue Erkenntnisse und Motivation für ihre weiteren Aufgaben mitnehmen können.

Wir freuen uns auf die nächste Veranstaltung und insbesondere auch darüber, dass immer mehr junge Leute sich für ihre Rechte und die ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen!

Ein herzliches Dankeschön geht an die Debeka, die die Räumlichkeiten für die Veranstaltung zur Verfügung gestellt hat. Ihre Unterstützung trägt maßgeblich dazu bei, dass solche wichtigen Schulungen stattfinden können. ■

